



DIE ROTE HILFE

4.2018

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 44. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 8
SCHWERPUNKT

Gute Vorbereitung ist alles – Verhalten bei der Hausdurchsuchung

S. 14

Demonstrieren ohne Smartphone – wie geht das?

S. 20
REPRESSION

Rote Hilfe: „Eine bedeutende linksextremistische Bestrebung“?

S. 36
INTERNATIONALES

Das deutsch-ägyptische Sicherheitsabkommen

S. 41
REZENSIONEN

„Rode Hulp“: Neues Buch zur Roten Hilfe in den Niederlanden



► Zum Titelbild

Auch wenn es manchmal nervt: Ordnung muss sein! Wer WG-Zimmer, Rucksack, Computer und Smartphone regelmäßig aufräumt und sichert, findet nicht nur vieles leichter, sondern erschwert auch den Repressionsorganen die Arbeit gegen unsere Strukturen. Und das sollte einen kleinen Hausputz durchaus wert sein.

■ Das Redaktionskollektiv der *RHZ* hält es für wichtig, dass in Texten linker und linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen die Frau (und nicht nur sie) als Subjekt erkennbar ist und die Vielfalt der Geschlechter berücksichtigt wird. Und nicht wie im gesellschaftlichen Diskurs durch die patriarchal geprägte Sprache verschwindet. Wir werden auch weiterhin nicht inhaltlich in zugesandte oder angeforderte Texte eingreifen, respektieren Stil- und Sprachmittel unserer Autor_innen, wünschen uns aber eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit Sprache und Bewusstsein.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

IN EIGENER SACHE

4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...

SCHWERPUNKT

- 8 Gute Vorbereitung ist alles – Verhalten bei der Hausdurchsuchung
- 10 Half a Silver Bullet – Die zwei Capulcu-Broschüren und die Computersicherheit
- 11 Kein Klartext, nirgends – encfs als flexibles Werkzeug für verschlüsselte Dateisysteme
- 13 Dress for the moment? Wie die Polizei anhand von Kleidung, Accessoires und Logos „Straftäter*innen“ ausmacht
- 14 Demonstrieren ohne Smartphone – wie geht das? Eine Anleitung
- 16 Jetzt aber keine Zeit verlieren! Wie verhalte ich mich, wenn ich einen Strafbefehl bekommen habe?
- 18 Und tschüss! Tipps zum Umgang mit Kontaktaufnahmen durch Polizei und Geheimdienste

REPRESSION

- 20 „Bedeutsame linksextremistische Bestrebung“ Die Rote Hilfe ist der Bundesregierung ein Dorn im Auge
- 22 Keine Zeit für Nostalgie: G20 ist jetzt!
- 23 „Weil wir es können“ Solidarität mit den Frankfurter G20-Gefangenen!
- 25 „Wir können nur mutmaßen, was da hinter den Kulissen gelaufen ist“ Interview zum Prozess gegen den Antifaschisten Michael Cszaszkozy
- 28 Do you remember ... Donauwörth? Ein Aufruf zu Unterstützung und Solidarisierung
- 29 „Es geht darum, Menschen zu helfen“ Prozess gegen zwei Kasseler Frauenärztinnen wegen Werbung für Schwangerschaftsabbrüche

AZADI

30 Azadi

REPRESSION INTERNATIONAL

- 33 „No Justice – No Peace: erinnern, gedenken, kämpfen“ Zum 20. Todestag von Andrea Wolf/Ronahî
- 36 „Alternativlos“ und „politisch notwendig“ Das deutsch-ägyptische Sicherheitsabkommen

REZENSIONEN

- 40 Rote Ruhrgeschichte – Der Bottroper Lokalhistoriker Şahin Aydın erinnert an vergessene Revolutionäre
- 41 „Einer der Emigranten hat wohl ein Jahr bei uns geschlafen und gefrühstückt“ Neues Buch zur niederländischen Roten Hilfe

AUS ROTER VORZEIT

- 43 „Lauft Sturm gegen die faschistischen Blutgerichte!“ Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Mannheim
- 48 Literaturvertrieb
- 50 Adressen
- 51 Impressum



„Lauft Sturm gegen die faschistischen Blutgerichte!“

Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in Mannheim

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Schon früh war Mannheim eine regionale Hochburg der Roten Hilfe Deutschlands (RHD), die mit *Die Bastille* ab 1925 eine eigene Publikation herausgab. Verantwortlich für die Zeitung zeichnete der Landtagsabgeordnete der Kommunistischen Partei (KPD) Georg Lechleiter, der bereits 1922 eine führende Rolle im RHD-Bezirkskomitee Baden spielte.¹ Im Herbst 1932 wies der Gesamtbezirk Baden-Pfalz 8.381 RHD-Mitglieder auf, die sich vor allem auf die Industriestädte Mannheim und Ludwigshafen konzentrierten, doch die insgesamt 145 Ortsgruppen waren selbst in kleinen Gemeinden tätig.² Mannheim war Sitz der Bezirksleitung, deren Büro einschließlich der Rechtsschutzkommission zuletzt in den innenstädtischen Quadraten in E3, 1a lag.

■ Unter der erfahrenen RHD-Funktionärin Herta Geffke, die ab 1931 dem Bezirk vorstand, hatte es erste Vorbereitungen auf ein mögliches Verbot gegeben, indem sie und der Politische Leiter Wilhelm Doll mit den Basisstrukturen Postdeckadressen vereinbarten. Zum Jahreswechsel 1932/33 wurde Geffke von Hans Quarch abgelöst, der zuvor an der Spitze der Roten Hilfe Hessen-Frankfurt gestanden hatte, nach der Machtübergabe an die Nazis wurden die Vorkehrungen intensi-

viert. In einem mit „Sichert die Organisation u. ihr Eigentum“ überschriebenen Rundbrief wurden die Ortsgruppen am 27. Februar 1933 aufgefordert, Sicherheitsmaßnahmen beim Brief- und Geldverkehr zu beachten. Etwa zeitgleich



Quelle: Stadlarchiv Mannheim

Maria Mandel

mahte die Rechtsschutzkommission in ihrem Informationsdienst, der die verschärften Gesetze erläuterte, zu größter Vorsicht:

„Die Funktionäre der RH sowie die Mitglieder müssen unbedingt dazu übergehen und alle unnötigen Schriften usw. die heute nicht mehr akut sind zu vernichten. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass alle alten Schriften – Flugblätter usw. wenn sie vorgefunden werden, beschlagnahmt werden. Diese Beschlagnahme ist ein Trick der Behörde. An Hand der Flugblätter versucht sie Maschinentypen usw. zu ermitteln, um diese bei Gelegenheit zu beschlagnahmen. Deshalb alles

unnötige vernichten, das Material aber, das man benötigt und hat, so aufzuheben, dass man es nicht, wenn die Polizei die Türe aufmacht recht schön geordnet in der Tischschublade vorgefunden wird. Genossen, Genossinnen Sicherheit ... und nochmals Sicherheit.“³

Zum besseren Schutz vor Verfolgungen empfahl die Bezirksleitung Baden-Pfalz Ende Februar 1933 in ihrem Rundschreiben die Bildung von Fünfergruppen. Zugleich wurden jedoch für die Monate März und April die normalen Abläufe geplant, die von Mitgliedertreffen über öffentliche Versammlungen bis hin zu Vorträgen reichten. Die Solidaritätsbemühungen sollten im Rahmen eines „Antifasch. Werbeaufgebots der Roten Hilfe“ in der Zeit von März bis Mai 1933 verstärkt werden, um „3000 Mk. in Sammlung, 1500 neue Mitglieder, 3000 feste *Tribunalleser*, 15 neue Ortsgruppen“ zu erzielen.⁴ Das gleiche Anschreiben beinhaltete sogar den Aufruf zu Massenaaktionen und zur Sammlung mit Listen, was den Ansätzen zur Umstellung auf die Illegalität zuwiderlief. Ähnlich widersprüchlich waren zu diesem Zeitpunkt auch die Anweisungen des Berliner Zentralvorstands.

Sorgloser Umgang mit Adresslisten

Trotz zahlreicher Repressalien und der einsetzenden Verhaftungswellen nach dem Reichstagsbrand gingen viele Rote-Hilfe-Aktivitäten in den gewohnten Formen weiter, wenn auch unter größerer Vorsicht. So führte die Kommunistin Frie-

³ „Informationsdienst für die Rechtsschutzabteilung!“, S. 2, StA LU Bestand Y3 1552 Bl. 57, Schreibweise im Original.

⁴ Rundschreiben der RHD-Bezirksleitung Baden-Pfalz, Ende Februar 1933, S. 4, StA LU Bestand Y3 1552 Bl. 45

¹ vgl. Sommer S. 75 und StA Bremen 4,65-470

² vgl. Organisationsbericht zur ZV-Sitzung vom 30. Oktober 1932, StA Bremen 4,65-48

da Winterhalter am 7. und am 11. März 1933 zusammen mit einer unbekannt gebliebenen Genossin Spendensammlungen für die RHD und für die KPD in Mannheim-Luzenberg durch, wofür sie am 11. April mit zwei Wochen Haft bestraft wurde.

Der Stadtteilkassierer für Schwetzingenstadt, Karl Weiß, war bereits am 3.

geeignetes Ausweichquartier geschaffen worden war, lagerte der Politische Leiter Wilhelm Doll interne RHD-Unterlagen in der Wohnung seiner Eltern in der Dammstraße 32, als das offizielle Büro zu unsicher wurde. Darunter befanden sich auch die zuvor vereinbarten Postdeckadressen, die am 12. April 1933 bei einer Hausdurchsuchung entdeckt wurden. Wäh-

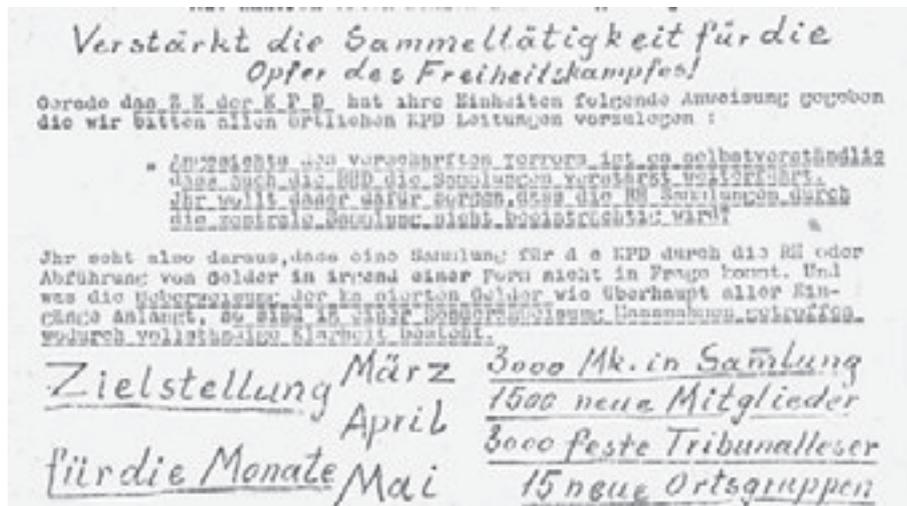
12. April führten sie zusammen eine Kasenrevision der monatlichen Einnahmen durch, die bis dahin bis zu 3.000 Reichsmark betragen hatten. Angesichts der Polizeiaktion gegen den Politischen Leiter sah sich Quarch genötigt, Mannheim umgehend zu verlassen. Während Doll die Flucht ins Saarland glückte, wurde der Bezirkssekretär Anfang Juni in Wuppertal in „Schutzhaft“ genommen und am 25. November 1933 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.⁷

Ein Kennwort im Friseursalon

Damit war die Rote Hilfe Baden-Pfalz schon Mitte April ohne ein koordinierendes Gremium, und auch im Stadtgebiet selbst waren die Straßenzellen auf sich allein gestellt. Die Massenverhaftungen nach dem Reichstagsbrand hatten alle sozialistischen Organisationen in Mannheim schwer getroffen – allein die Bezirksleitung der KPD musste im Verlauf des Jahres 1933 viermal neu aufgebaut werden –, und es gab kaum noch erfahrene AktivistInnen, die für führende Posten geeignet waren. Auch die Kontakte mit dem Berliner RHD-Zentralvorstand waren abgerissen, weshalb dieser über InstrukteurInnen versuchte, die Mannheimer Strukturen zu sammeln.

Anfang September 1933 reiste Otto Gustav Scholl, der als Oberberater für den Südwesten eingesetzt war, aus dem Saarland in die Industriemetropole, um über die örtliche KPD den Anschluss an die Solidaritätsgruppen zu bekommen. Bei einer Vielzahl von Treffen mit ParteifunktionärInnen besprach er mögliche Maßnahmen zum Wiederaufbau der Roten Hilfe und bekam erste Verbindungen zu RHD-Mitgliedern, doch Scholls Bemühungen endeten abrupt mit seiner Festnahme am 10. Oktober 1933.

Ende November beauftragte der Zentralvorstand den unter dem Decknamen „Rudi“ auftretenden Instrukteur Hans Neumeister, von seinem Hauptarbeits-



Quelle: Stadtarchiv Ludwigshafen

April 1933 wegen unerlaubter Sammlungen zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Grundlage dafür war die Durchsuchung seiner Wohnung am 7. März 1933, bei der neben größeren Mengen RHD-Druckschriften auch sechs Listen mit dem Titel „Rote Hilfe-Kampffonds. Gegen Justizverfolgungen und faschistischen Terror“ gefunden worden waren. Auch wenn die Bögen mit den namentlich genannten SpenderInnen – hauptsächlich Geschäftsleute aus seinem Wohnumfeld – veraltet waren, belegten sie die seit vielen Jahren kriminalisierte Geldsammlung bei Nichtmitgliedern, die von der NS-Justiz nun noch schärfer verfolgt wurde.⁵

Auf diese Weise waren die Aktionspielräume schon vor dem endgültigen Verbot der Roten Hilfe in Baden am 30. März 1933 massiv eingeschränkt, doch die Umstellung auf die Illegalität kam nur schleppend voran. Da in Mannheim kein

rend Doll entkommen konnte, löste die Adresssammlung zahllose Razzien und Vernehmungen hauptsächlich in Baden aus, durch die der Politischen Polizei weitere RHD-Materialien in die Hände fielen. Auch wenn es in der Folge nicht zu Verurteilungen kam, waren damit die mühsam geschaffenen Grundlagen der klandestinen Kommunikation im Bezirk zerstört und die Kontakte zu den Ortsgruppen abgerissen.⁶

Der Bezirkssekretär Hans Quarch war schon Mitte Februar 1933 untergetaucht und instruierte bei Besuchen in den Ortsgruppen und bei Treffen in Mannheim die BasisfunktionärInnen im Umgang mit der neuen Situation. Zusammen mit seiner Mitarbeiterin Ella Urban, die vor allem für die Schreiarbeiten zuständig war, hielt er auch nach dem Verbot die organisatorischen Abläufe aufrecht. Noch am

5 Zu den beiden Prozessen vgl. StA MA D2 933 und 934

6 vgl. Ermittlungsakten zu den bei Wilhelm Doll beschlagnahmten Deckadressen der RHD, StA MA D2 630 und 631

7 vgl. Urteil des Sondergerichts Mannheim gegen Hans Quarch vom 25. November 1933, StA MA D2 158



gebiet Frankfurt aus auch Baden-Pfalz zu betreuen. Als erste Anlaufstelle hatte ihm die Berliner Leitung den auch von der KPD genutzten Friseursalon von Franz Friedel genannt, wo ihm auf das bekannte Kennwort hin ein illegales Quartier bei der Familie Host in Mannheim-Schwetzingenstadt vermittelt wurde. Vermutlich ebenfalls über Parteikontakte war die RHD-Kassiererinnen Anna Fischer im Vorfeld über die Ankunft des Funktionärs informiert worden, um ihn bei seiner Aufgabe zu unterstützen. Zum Jahreswechsel 1933/34 arrangierte sie ein erstes Treffen zwischen „Rudi“ und Maria Mandel, die vor dem Verbot die Rote Hilfe im nahegelegenen Viernheim geleitet hatte und die nun den Auftrag erhielt, die Organisation im Bezirk neu aufzubauen.

Innerhalb weniger Wochen gewann Mandel eine größere Zahl Antifaschistinnen aus benachbarten Orten und dem Mannheimer Stadtgebiet, darunter auch mehrere Familienmitglieder, die teilweise seit vielen Jahren politisch tätig waren. So half ihr Mann Willy, vor 1933 Leiter der KPD-Ortsgruppe, unter anderem bei der Produktion von Druckschriften, und ihre Brüder Fritz und Michael Pfenning fungierten wiederholt als Kurier. Ihrer in Mannheim lebenden Schwester Elisabeth Pfenning übertrug sie die Aufgabe, als Postdeckadresse für die klandestine Kommunikation mit dem Zentralvorstand und vereinzelt als Kontaktadresse für externe Funktionärinnen zu wirken. Als engste Mitarbeiterin Maria Mandels ist die Viernheimerin Gertrud Neudörfer zu betrachten, deren Wohnung in der Moltkestr. 11 als Anlaufstelle und Übernachtungsort für KurierInnen diente und die bei illegalen Treffs als Stellvertreterin Mandels auftrat.

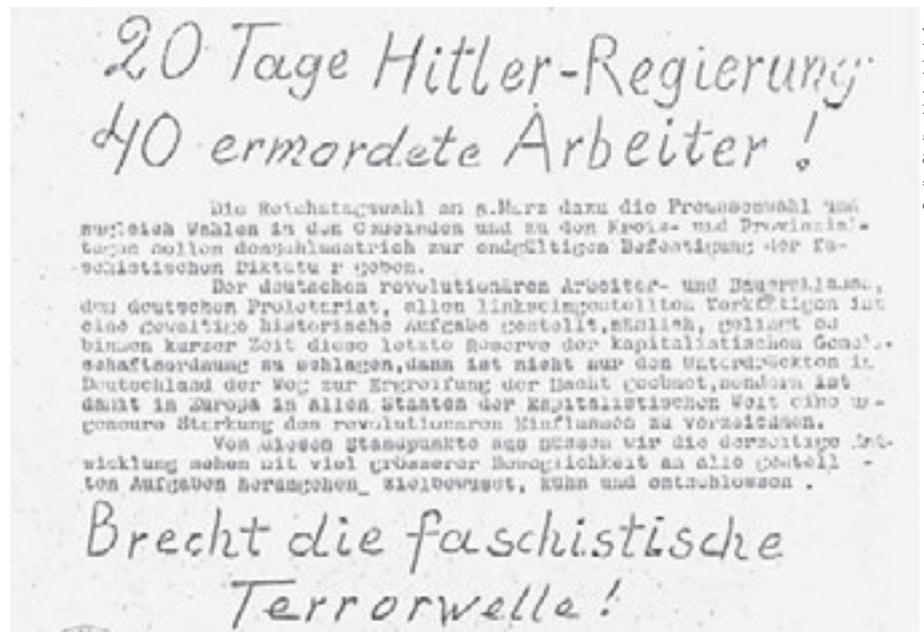
Bereits Anfang März 1933 konnte der Zentralvorstand berichten: „Nach großen Mühen haben wir in Mannheim einen Stützpunkt geschaffen, der vorerst noch sehr schwach ist und ebenfalls noch längerer Zeit unserer Unterstützung bedarf.“⁸

⁸ „Bericht der Orgabteilung des Z.V. der RHD vom 1.1.34-28.2.34.“, S. 4, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 38

„Hetzerische und zersetzende Druckerzeugnisse“

Neben Spendensammlungen für die Familien der politischen Gefangenen widmete sich die Rote Hilfe hauptsächlich der Herstellung einer eigenen Zeitung

parat vor dem Zugriff der NS-Repressionsorgane gerettet hatte, konnten sie *Das Rote Fanal* in ihrem Scheunenkeller in der Friedrichstraße 3 in einer Auflage von jeweils mehreren hundert Exemplaren herstellen. Zumindest vereinzelt griffen sie zudem auf die Vervielfältigungsmög-



Quelle: Stadtarchiv Ludwigshafen

unter dem Namen *Das Rote Fanal*, die in den wenigen neu belebten RHD-Zellen in Mannheim und Nachbargemeinden wie Weinheim und Ladenburg vertrieben wurde. Auch in KPD-Gruppen, die teilweise ebenfalls Solidaritätsarbeit leisteten, ging das Blatt von Hand zu Hand. Besonders enge Verbindungen bestanden zur Stadtteilgruppe der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) in Mannheim-Waldhof, die selbst Geld- und Kleidungsspenden für die Verfolgten sammelte und deren führendes Mitglied Otto Georg Pütz große Mengen des *Roten Fanals* in seinem Umfeld verkaufte.

Die Artikel verfassten Maria und Willy Mandel selbst oder übernahmen sie aus Publikationen des Zentralvorstands, die sie bei den regelmäßigen Besuchen von „Rudi“ sowie von der Reichskurierin Eva Lippold erhielten. Da das Ehepaar eine Schreibmaschine und einen Abzugsap-

parat vor dem Zugriff der NS-Repressionsorgane gerettet hatte, konnten sie *Das Rote Fanal* in ihrem Scheunenkeller in der Friedrichstraße 3 in einer Auflage von jeweils mehreren hundert Exemplaren herstellen. Zumindest vereinzelt griffen sie zudem auf die Vervielfältigungsmög-

lichkeiten von Ernst Heidenreich zurück, der in seinem Schuppen in Mannheim-Waldhof für verschiedene KPD-nahe Widerstandskreise Materialien produzierte. Den Kopf der Ausgabe vom Juni 1934, der die Überschrift „Lauft Sturm gegen die fasch. Blutgerichte!“ trug, dokumentierte der Zentralvorstand in der RHD-Zeitung *Tribunal* von September 1934.

⁹ Urteil vom 12. November 1934 gegen Josef Hofstetter u. a., S. 10, StA MA D2 142

Auch wenn der Vorstand um Maria Mandel bei weitem nicht das ganze Gebiet Baden-Pfalz erreichen konnte, sondern auf den Großraum Mannheim beschränkt blieb, war er doch sehr gut vernetzt. Durch „Rudis“ Wohnort in Frankfurt, wo er die RHD Hessen-Frankfurt beriet, bestand nicht nur Kontakt zur Reichsebene, sondern auch in den Nachbarbezirk. Zudem reisten die Viernheimerin und ihre Vertrauten wiederholt ins Saarland, um Austausch mit den dortigen noch legalen Strukturen zu pflegen und antifaschistische Druckschriften mitzubringen.

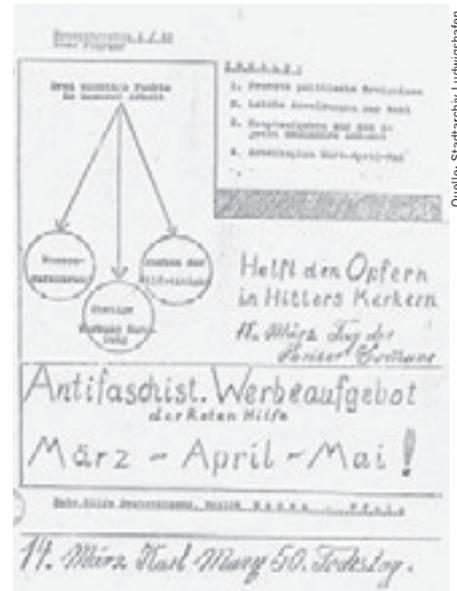
Gestapo-Spitzel in der Organisation

Bereits im Sommer 1934 endete die erfolgreiche Solidaritätsarbeit: Im Juli erhielt die Bezirksleiterin eine schriftliche Warnung des Berliner Zentralvorstands, bei „Rudi“ könne es sich um einen Gestapo-Spitzel handeln. Schon in den Monaten zuvor hatten mehrere Mannheimer WiderstandskämpferInnen eine ähnliche Vermutung gehegt, ohne jedoch konkrete Anhaltspunkte zu haben. Am 1. August suchten Mandel und Neudörfer ihren RHD-Kontaktmann Hermann Fischer in Frankfurt auf, um

sich mit ihm zu besprechen, doch sie erreichten ihn nicht persönlich und hinterließen ihm nur ein Schreiben in Geheimtinte.

Wenig später wurde ein Krisentreffen im Saarland einberufen, an dem neben Maria Mandel auch Willi Koska vom Zentralvorstand sowie VertreterInnen der Roten Hilfe Frankfurt-Hessen teilnahmen. Der Spitzelverdacht erhärtete sich schnell, und die FunktionärInnen kehrten zurück, um ihre MitstreiterInnen zu warnen und die Zellen durch Vorsichtsmaßnahmen zu schützen.

Schon am 28. August 1934 reagierte jedoch die Gestapo auf die Enttarnung ihres Informanten und im Verlauf der Repressionswelle wurden die maßgeblichen Roten HelferInnen im Raum Mannheim verhaftet. Dank einiger Vorkehrungen blieb das Ausmaß zunächst begrenzt, im Gegensatz zu Frankfurt, wo über hundert RHD-Mitglieder verurteilt wurden. Da es Maria Mandel noch gelungen war, die Schreibmaschine und den Vervielfältigungsapparat zu verstecken, zeitigten die Hausdurchsuchungen kaum Erfolge. Der Weinheimer Ortsgruppenleiter Heinrich Rudolph war rechtzeitig ins Saarland geflüchtet und von dort aus nach Frankreich ins Exil gegangen.



Quelle: Stadtarchiv Ludwigshafen

In den Tagen vor der Razzia hatten die Betroffenen ihre Aussagen gut abgesprochen, so dass fast alle nach und nach auf freien Fuß kamen und das Verfahren mangels Beweisen vorläufig eingestellt wurde. Einzig Maria Mandel selbst blieb in Haft: Nachdem sie zur Geburt ihres Kindes kurzzeitig entlassen worden war, wurde sie im Juli erneut inhaftiert¹⁰ und am 29. November 1935 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Prozess konnten der RHD-Funktionärin allerdings ausschließlich zwei illegale Fahrten ins Saarland nachgewiesen werden, auch wenn das Gericht eine weit umfangreichere Tätigkeit vermutete.

Die Aktivitäten der RHD waren nach diesem Repressions Schlag weitgehend zum Erliegen gekommen. Einzelne Gruppen, mit denen die Bezirksleitung in engem Austausch gestanden hatte, führten hingegen die Unterstützungsarbeit fort, insbesondere die IAH in Mannheim-Waldhof, die erst im Sommer 1935 von der Gestapo aufgedeckt wurde. Auch in den Folgejahren kam es zu Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, die häufig von Widerstandszellen mit anderem Schwerpunkt mit übernommen wurden, insbesondere von der KPD.

¹⁰ vgl. Erich Matthias/Hermann Weber, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 313

Vorwärts und nicht vergessen!

Hans-Litten-Archiv Die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ist zugleich die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung, Verfolgung und Repression. Um diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde am 18. Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet. Ziel des Vereins ist die Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen.

Bankverbindung Hans-Litten-Archiv e.V.:
IBAN: DE86 2605 0001 0000 1381 15
BIC: NOLADE21GOE

www.hans-litten-archiv.de – email@hans-litten-archiv.de

Kontinuität sichern – Fördermitglied werden!



Immer wieder versuchte der Zentralvorstand der Roten Hilfe, die nur noch losen Kontakte zu verbessern und erneut eine funktionsfähige Struktur zumindest im Stadtgebiet Mannheim zu schaffen. Nach der Wiederangliederung des Saarlands war dafür vor allem die RHD-Grenzstelle im lothringischen Forbach zuständig. Wie mühselig sich der Neuaufbau der durch den Gestapo-Spitzel „Rudi“ zerschlagenen Bezirke gestaltete, zeigen die Planungen der Reichsleitung für eine grundlegende Besprechung im Ausland von Anfang 1936: „Von Frankfurt und Mannheim muessen Leute herauskommen, mit denen man wenigstens die Anfaenge einer organisierten Arbeit beginnen muss. Hier ist das Problem der Hilfe das Wichtigste. In das ganze Gebiet kamen bis jetzt nur lediglich einige kleinere Betraege. Von der Hilfe ausgehend muss man dann weiter bauen.“¹¹

Solidaritätsarbeit trotz Zerschlagung bis 1945

Die Verbindungen blieben jedoch auch in der Folge recht fragil, nur wenige Ba-

Literatur:

- ▶ Erich Matthias/Hermann Weber, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984
- ▶ Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote, Frankfurt/Main 1969
- ▶ Fritz Salm, Im Schatten des Henkers. Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg, Frankfurt/Main 1979
- ▶ Heinz Sommer, Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie, Berlin 1991

sizellen und einzelne kleinere Komitees waren im Raum Mannheim im Sinne der RHD tätig. Im Sommer 1936 wurde das Verfahren gegen die Gruppe um Maria

Mandel wiederaufgenommen, nachdem Heinrich Rudolph aus dem französischen Exil zurückgekehrt und umgehend verhaftet worden war. Ab November nahmen die NS-Verfolgungsorgane erneut die schon 1934 Verdächtigten in Untersuchungshaft, am 12. Juni 1937 wurden neun der Roten HelferInnen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von bis zu vier Jahren verurteilt. Gertrud Neudörfer wurde wegen einer tödlichen Krankheit nicht mehr vor Gericht gestellt; Elisabeth Hoheisel (geboren Pfening) erwirkte einen Freispruch, indem sie behauptete, sie habe die chiffrierte Post des Zentralvorstands an ihre Schwester für Briefe eines heimlichen Liebhabers gehalten.¹²

Zum Zeitpunkt dieses Urteils war die illegale RHD in allen Teilen des Reichsgebiets schon sehr geschwächt und im September 1938 wurde sie offiziell aufgelöst. Die Hilfe für die Verfolgten wurde jedoch flächendeckend auf kleiner Flamme fortgesetzt und erlebte in manchen Städten nochmals eine Renaissance, so auch in Mannheim: Hier entwickelte sich während des Krieges um den KPD-Funktionär Georg Lechleiter ein größeres Widerstandsnetz, das durch die Herausgabe der Zeitung *Der Vorbote* bekannt wurde.

Seinen Ausgangspunkt nahm der antifaschistische Zusammenhang in RHD-Sammlungen, wie das Gericht später feststellte: „Bereits im Jahre 1940 begannen einige Angeklagte unter Führung von Lechleiter in Mannheim die ‚Rote Hilfe‘ wiederaufzubauen. Lechleiter [...] suchte ihn im Jahre 1940 auf und verabredete mit ihm, für die Angehörigen politischer Gefangener marxistischer Färbung Geld zu sammeln und weitere Gesinnungsgenossen für diese Unterstützungsaktion zu werben. Moldrzyk gab als erste Spende 10 RM und trat nun seinerseits an weitere Kameraden seines Betriebes, der Lanz-AG., heran, um diese zur Mitarbeit zu gewinnen [...]“¹³

¹² vgl. Urteil des OLG Stuttgart vom 12.6.1937 gegen Heinrich Rudolph u.a., Studienkreis Dt. Widerstand AN 3007

¹³ Urteil des Volksgerichtshofs vom 15. Mai 1942 gegen Georg Lechleiter u.a., zit. nach Oppenheimer S. 215

Selbst nach der brutalen Zerschlagung der *Vorbote*-Gruppe, bei der drei Beteiligte bereits in den Gestapo-Verhören ermordet und 1942 dann 19 AktivistInnen zum Tode verurteilt wurden, arbeiteten einige Solidaritätskreise weiter. Mehrfach ermittelten die NS-Behörden wegen Spendensammlungen für die Hinterbliebenen der Hingerichteten, die insbesondere in den Betrieben bei deren früheren KollegInnen durchgeführt wurden und bis zur Befreiung andauerten. ❖

Anzeige

contraste
zeitung für selbstorganisation

35. JAHRGANG 2018 4'50 EUR

SOLIDARISCHWIRTSCHAFTEN

**dreimonatiges Schnupperabo
für 7,50 Euro**

Bestellung unter: abos@contrast.org

www.contraste.org

Anzeige

KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung** Nr. 364

September 2018 1,50 Euro

Und es gibt sie doch!

und weitere Artikel u.a.

**Klassenkampf in der
VR China (Teil 2)**

erscheint vierteljährlich www.kaz-online.de

Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00

Tel/Fax: 0911-356913
gruppeKAZ@kaz-online.de

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung
Reichstraße 8
90408 Nürnberg

¹¹ „Zur praktischen Durchführung – 24. Januar 1936“, S. 3, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 168